

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/38

Hannover, 31. März 1946

DAG in der Krise

sp. Als anlässlich des Streiks der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft der DGB gegen den Streik Stellung nahm, wurde es für die breite Öffentlichkeit eindeutig klar, dass zwischen dem DGB und der DAG, in der 140 000 Angestellte organisiert sind, größere Differenzen bestehen. Die DAG betonte, daß der DGB nur eine Dachorganisation sei, in der Angestellten-, Beamten- und Arbeitergewerkschaften in besonderen Organisationen getrennt nebeneinander zu stehen hätten. Um die von ihr vertretene sogenannte Dreisäulen-Theorie (Angestellte, Beamte, Arbeiter) zu stärken, wurde kürzlich unter ihrem geistigen Protektorat von Mitgliedern der DAG in Hamburg eine Beamten-Gewerkschaft gegründet. So war die Lage bis vor wenigen Wochen im norddeutschen Raum, besonders in Hamburg, wo die DAG gegründet worden war. Im Westen der Zone hatten die großen Industrieverbände in ihren Angestelltengruppen über 200 000 Angestellte erfaßt.

Nach dem Streik wurde die Öffentlichkeit mit einer Krise innerhalb des DAG-Vorstandes überrascht. Der zweite Vorsitzende der DAG, Hans Sube, wurde fristlos entlassen. Sube war Mitbegründer der DAG und ehemaliger Kreisgeschäftsführer des DGB-schweizerischen Handlungsgehilfenverbandes. Sein Ausscheiden bedeutete zweifellos eine Kursänderung der DAG, denn sein Nachfolger wurde der ehemalige GDM-Gauleiter Fritz Rettig, Hamburg. Sube selbst war von diesem Vorgehen gegen ihn völlig überrascht. Da die DAG jedoch nicht alle Brücken zu den ehemaligen DHV-Vorständen abbrechen wollte, verhandelte der erste Vorsitzende der DAG, Wilhelm Dörr, mit dem ehemaligen Verbandsvorsitzenden des DHV, dem 76-jährigen Hans Bechly, ja, Dörr erklärte sich sogar dazu bereit, vor dem sogenannten Bechly-Kreis, einem etwas neben der Zeit harnach-rechierenden Gremium ehemaliger berufstätlicher Funktionäre des DHV, zu der Entlassung Subes Stellung zu nehmen. Er war dazu bereit, obwohl ihm die ablehnende Haltung des DAG-Vorstandes gegenüber dem DHV bekannt war. Bechly ist nach Aussagen aus diesem Kreis wohl der einzige Gewerkschaftsführer aus der Zeit vor 1933, der nach 1933 von der DAG ein beachtliches Monatsgehalt bekam und der von der DAG jetzt einen monatlichen Ehrensold bekommt. Eine wesentlich tolerantere Haltung gegenüber den DHV-Kreisen hatten die Industrieverbände angenommen.

In der Zeit der Vorstandskrise der DAG verhandelte der Bechly-Kreis mit beiden Gruppen und lancierte sich zwischen die Stühle. Der Bechly-Kreis war sich dabei völlig darüber klar, daß der ehemalige zweite Vorstandsvorsteher und entscheidende Politiker des DHV, Max Habermann, der von dem Goerdeler-Kreis für den Posten des Arbeitsministers vorgesehen war, sich mit Leuschner eindeutig auf eine künftige Einheitsgewerkschaft geeinigt hatte.

Inzwischen verlangte der DGB von der DAG ultimativ, sich an den vom DGB aufgestellten Berufskatalog zu halten. Danach soll die DAG sämtliche Berufsangehörige der Banken, der Versicherungen und des Groß- und Kleinhandels erfassen mit insgesamt 750 000 Beschäftigten. Die DAG lehnte ab, obwohl sie weiß, daß dies praktisch selbst Ausstoß aus dem Dt. Gewerkschaftsbund bedeutet. In der Sitzung am 20. März in Bielefeld wollte der Bundesbeirat des DGB einen derart schwerwiegenden Entschluß wie den Ausschluß der DAG aus dem DGB nicht fällen, ein außerordentlicher Bundeskongreß im Juni soll nunmehr über das endgültige Schicksal der DAG entscheiden.

Neben den rein grundsätzlichen Fragen dürfen jedoch die materiellen Dinge in dieser Angelegenheit nicht übersehen werden. Die DAG betrachtet sich augenscheinlich - das beweisen die ständigen Verhandlungen Böhrs mit Bechly und Bechly's Einsetzung als Treuhänder des Versicherungsvermögens der Versicherungsgesellschaft "Neue Welt" - als Rechtsnachfolgerin des Vermögens des DHV. Dieses Vermögen wird von Fachleuten mit über 10 Mill. RM angegeben. Mit diesem DHV-Vermögen im Rücken und wohlmöglich noch den des ehemaligen GDA und VWA hätte die DAG ein geradezu fantastisches finanzielles Polster. Wenn dieses Vermögen nach der Zahl der in den rivalisierenden Verbänden organisierten ehemaligen Mitgliedern des DHV aufgeteilt werden sollte, würde es zweifellos der Angestelltengruppe der Industrieverbände zugesprochen werden müssen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Krise der DAG in einem etwas realeren Licht. Verweigert die DAG dem DGB die Gefolgschaft, will sie ohne Rücksicht auf die gewerkschaftliche Einheitsfront der Schaffenden ihren eigenen abseitigen Weg gehen, dann steht und fällt sie mit diesen Geldern. Die DAG steht in den nächsten Monaten vor einer ihre Existenz berührenden verantwortungsvollen Entscheidung. Zweifellos bekommt sich der größte Teil der Angestellten, auch innerhalb der DAG, zu dem Gedanken der gewerkschaftlichen Konzentration. Die Erinnerungen an die gewerkschaftliche Zersplitterung vor 1933 und die daraus sich ergebenden Nachteile sind noch zu lebendig, als daß die Mitglieder der Organisationen eine blinde Wiederholung derselben Fehler und der gewerkschaftlichen Bruderkämpfe wünschen.

Endphase im Kampf um Italien

E.A.M. Verona, Ende März

Immer mehr entwickelt sich der Wahlkampf in Italien zu einer Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Das italienische Volk in seiner Gesamtheit neigt indessen dazu, die Propaganda und Papierfluten mit Gelassenheit hinzunehmen und den aus dem Osten drohenden Gefahren weniger aktiv Widerstand entgegenzusetzen als sich etwas leichtfertig und ergeben auf etwaige "Unannehmlichkeiten" mit altbekannter Mischung von Resistenz und Ertragen einzustellen. In Unternehmer- und Geschäftskreisen wächst dagegen die Nervosität. Sie äußert sich in Furcht vor einzugehenden Risiken, in stagnierendem Geschäftsleben, Steigen der Devisenkurse, Fallen der Aktienwerte und sogar in Fällen von Flucht nach Amerika. Um zu zeigen, was auf dem Spiel steht, bedurfte es nicht der Nachrichten aus der Tschechoslowakei.

Die Zukunft der italienischen Kolonien, über welche die vier Großmächte bis Mitte September Beschluß gefaßt haben müssen, spielt in der Wahlpropaganda eine noch ernstere Rolle. Rußland sieht Lybien lieber unter italienischem als britischem Einfluß. Frankreich hat sich damit einverstanden erklärt. England hat im Krieg den Senussi die Unabhängigkeit versprochen und verfolgt sein arabisches Spiel. Die von früher und besonders aus der Besatzungszeit stammende und infolge des Gemetzels von Mogadiscio gewachsene antibritische Stimmung breiter italienischer Kreise hat dadurch weitere Nahrung erhalten. Viel Beachtung finden die Berichte des "Corriere della Sera" aus Tripolis, in denen behauptet wird, daß den Unabhängigkeitswünschen von fünf oder sechs arabischen Parteien mit 6.000 Anhängern die unwissende Masse von 600.000 Arabern gegenübersteht, die nichts gegen eine italienische Treuhänderschaft einzuwenden hat. Vermerkt wird, daß den Italienern im Gegensatz zu Arabern, Ägyptern und Engländern keine Möglichkeit in Lybien gegeben wird, für ihre Sache zu werben. Die freundschaftlichen Worte, die der Lordkanzler Jowitt bei seinem Besuch in Rom fand, und die gegenwärtigen Verhandlungen über den anglo-italienischen Handelsvertrag, der Italien noch in diesem Jahr 406.000 t Kohle einbringen soll, haben bisher nicht beruhigend gewirkt. Es besteht daher die Gefahr, daß die Parteien der äußersten Rechten und Linken auf Kosten der Regierungsguppe Stimmenzuwachs erhalten, wenn die bisherige Kolonialpolitik fortgesetzt wird.

In Bemühen, eine Brücke zu schlagen, ist Außenminister Sforza für eine aufrichtig gemeinte Zusammenarbeit mit Jugoslawien eingetreten. Wachsende Zusammenarbeit mit den Westmächten steht jedoch osteuropäische Zurückhaltung gegenüber. Italien nahm die anglo-amerikanische Einladung zur neuen Marshallplan-Konferenz an. Seine Teilnahme an einer Westeuropa-Union ist wohl nur eine Frage der Zeit und eines dementsprechenden Wahlausganges. Die Beziehungen zu Frankreich werden durch den neuen Vertrag über eine weitgehende Zoll- und Wirtschafts-Union beider Länder bestimmt.

In derselben Richtung liegt die Teilnahme der Gewerkschaftsmehrheit an der Konferenz der Gewerkschaftsverbände aller Marshallplan-Länder. Entgegen dem Beschluß des Exekutivausschusses mit 13 gegen 4 Stimmen in Bologna führen Pastore (Christliche Demokraten), Casini (Sozialisten) und Enrico Parri (Republikaner) nach London und erreichten ihre Anerkennung als italienische Vertretung in der neu errichteten ständigen Beratungskommission. Das De Vittorio und Santi als Führer der sozial-kommunistischen Mehrheit gleichfalls in London Besprechungen mit dem OIG-Vertreter Crarey hatten, läßt den Bologneser Beschluß in merkwürdigem Licht erscheinen.

In Wahrung berechtigter Interessen griffen der Papst und der amerikanische Botschafter Dunn in den Wahlkampf ein - jedenfalls legten die Kommunisten ihre Reden so aus. Der Papst nannte das Fernbleiben von der Wahl "eine schwere Schuld" und "eine Todsünde"; für jeden Katholiken verlange die Stimme des Gewissens, denjenigen zu wählen, der ausreichende Garantien gebe, die Rechte Gottes und der Seele, das wahrhaftige Wohl von Individuum, Familie und Gesellschaft zu schützen. Dunn trat den kommunistischen inschuldigungen hinsichtlich der Amerika-hilfe anlässlich der Ankunft des 400. Hilfeschiffes in Reggio Calabria entgegen und bezifferte diese Art der Unterstützung auf bisher mehr als 300 Mill. Dollar. Der Sprecher des Palazzo Chigi erklärte ergänzend, daß Italien den Zentner Weizen mit 2.000 Lire bezahle, während er der amerikanischen Regierung auf 4.500 Lire zu stehen komme.

Die voraussichtlichen Wahlergebnisse finden sehr unterschiedliche Einschätzung. Das rechtsetzende und überparteiliche "Giornale d'Italia" Rom nannte in wohl abgewogenen Ziffern für die Volksfront der Sozial-kommunisten 200 Kammerstimmen, für die Christlich-Demokraten 220 und 156 für die übrigen Parteien. Optimistischer noch äußerte sich das italienische "Doxa"-Institut, ein Unternehmen ähnlich dem amerikanischen Gallup-Institut: Kommunisten 20 Prozent, Christliche Demokraten 36 Prozent; die dreiprozentige Fehlerquelle, die zugestanden wird, und die 17 Prozent Unentschiedener zeigen aber auch hier die Gefahren.

Der Ernst der internationalen Lage wird dem Wahlkampf zunehmend seinen Stempel aufdrücken. Es steht zu hoffen, daß es bei den bisher geringen Zwischenfällen bleibt. Daß es einen dritten Weg zwischen der ost-westlichen Antithese anscheinend nicht gibt, ist der beherrschende Eindruck in Italien zur Zeit.

Die Insel des gesunden Menschenverstandes

Ein gelegentlicher Mitarbeiter schreibt uns nach Rückkehr von einer Englandreise:

In England beginnen die Einschränkungen oben bei den sogenannten oberen Schichten - der Arbeiter lebt vielfach besser als vor dem Kriege.

Eine Journalistin, die England besuchte, fragte äußerst erstaunt, warum die englischen Frauen ohne Strümpfe gehen. Die Journalistin kam aus der reichen Amerika. Aber auch, wenn man aus dem armen Deutschland

kommt, stellt man erstaunt noch in Dezember strumpflöse Frauen und Mädchen fest.

Trotzdem ist England ein Paradies, gemessen an den deutschen Verhältnissen. Natürlich sind diese kein Maßstab für den Engländer. Für ihn ist entscheidend, daß es ihm vor dem Kriege und noch während des Krieges besser ging als heute.

Ging es ihm wirklich besser? Dem Arbeiter vor dem Kriege jedenfalls nicht. Sein Lebensstandard hat sich erst in den Jahren der Rüstungskonjunktur gebessert. Die Regierung tut heute alles, um ein Zurücksinken auf den Vorkriegsstand zu verhindern. England muß sparen und nochmals sparen. Aber die Hauptlasten werden hier nicht auf die Schultern der wirtschaftlich Schwächsten abgewälzt. Das beste Beispiel dafür ist die Rationierung von Nahrungsmitteln und Bekleidung. Churchill behauptete zwar, das englische Volk gehe der Unterernährung entgegen. Tatsache ist jedoch, daß zum Beispiel der Milchverbrauch gegenüber der Vorkriegszeit noch gestiegen ist und der Fleischverbrauch 98 Prozent beträgt. Daraus ergibt sich, daß bei freiem Fleischverkauf vor dem Kriege für den "kleinen Mann" keineswegs soviel Fleisch übrigblieb, wie er heute zugeteilt bekommt. Hier ist also erstmalig das Prinzip der "Rationierung nach der Portemonnaie", das typische Merkmal der freien Wirtschaft, wirksam durchbrochen.

Mehr als sich der Arbeiter heute auf seine Marken und Punkte kaufen kann, konnte er sich früher auch kaum leisten, vielfach sogar weniger, weil er weniger verdiente. Jedermann kann sich in England ausreichend ernähren und kleiden. Die Regierung erreicht dies durch eine Subventionierung, welche die Preise für die lebensnotwendigen Dinge niedrig hält. Die englischen Rationen natürlich sind in keiner Weise mit den deutschen zu vergleichen. Man kann zudem in jeder Speisewirtschaft und in allen Restaurants ohne Marken essen. Wurstwaren, Fische und Geflügel werden frei verkauft.

Die Rationierung bezweckt in erster Linie, jede Art von Verschwendung zu verhüten. Auch in den teuersten Lokalen darf deshalb der Preis für ein Essen fünf Schilling nicht übersteigen. Nirgends dürfen mehr als drei Gänge gereicht werden. Bis zu der genannten Preislage verbietet sich jeder Luxus von selbst.

Im übrigen versucht man, so wenig wie möglich zu rationieren, weil sich auch in England herausgestellt hat, daß eine Sache verschwindet, sobald sie rationiert wird. Deshalb hat man bisher wohl auch davon abgesehen, die Rauchwaren in das Zuteilungssystem einzubeziehen, obgleich sie teilweise recht knapp sind, vor allen Dingen die billigeren Zigarettenarten.

Alle Maßnahmen der Labour-Regierung bezwecken, den Lebensstandard des kleinen Mannes stabil zu halten, während Luxus und Verschwendung unterbunden werden. Die bessergestellten Kreise sind über einen solchen Eingriff in ihre "persönliche Freiheit", wie sie es nennen, natürlich erbost. Der "kleine Mann" dagegen ist sich darüber klar, daß seine Lebenshaltung mit der Regierung steht und fällt. So erklärt es sich, daß bei den Nachwahlen die Arbeiterpartei zwar Stimmen, aber keine Par-

laments-Mandate verlor, obgleich die allgemeine Krise ihren Bestrebungen entgegenarbeitet.

Auf dem Kontinent wird der Unterchied in der Lebensweise zwischen dem besitzlosen Normalverbraucher und dem besitzenden Produzenten immer größer. In England nimmt die Entwicklung einen anderen Verlauf. Der Staat hat nach der Überanstrengung des Krieges Geldsorgen. Aber er zwingt erst einmal die Begüterten, sich einzuschränken. Bisher war es auf der ganzen Welt so, daß bei solchen Anlässen in erster Linie der Habenichtse die ohnehin nicht übermäßig fetter Suppe verdünnt wurde. Das ist auf der Insel des gesunden Menschenverstandes seit einiger Zeit anders.

Prof. Karl Schmid im "Manchester Guardian"

Zum Besatzungstatut der SPD

sp. In einem Brief an den "Manchester Guardian" erläutert Prof. Dr. Karl Schmid Sinn und Zweck des vor einiger Zeit von der SPD ausgearbeiteten Entwurfs für ein Besatzungstatut. Das derzeitige willkürliche Regime habe klar bewiesen, daß es unmöglich sei, die notwendigen Voraussetzungen für eine Demokratie in Deutschland zu schaffen, die auf der Übernahme der Verantwortung durch die Deutschen selbst beruhe. Gleichzeitig seien die deutschen Länder außerstande, sich selbst zu verwalten und ihren Haushalt in Ordnung zu bringen, solange die von ihnen geforderten Abgaben so unbestimmt und unberechenbar sind wie bisher. "Die Vorschläge der SPD", so schreibt Dr. Schmid, "stellen die berechtigten Interessen der Besatzungsmächte durchaus in Rechnung. Sie wollen sich diesen Interessen nicht widersetzen, sondern bemühen sich lediglich um die Ausfindigmachung eines Weges zu ihrer Realisierung, der vernünftiger und für die Demokratie günstiger ist. Die SPD hat sich bei der Formulierung ihrer Meinung offensichtlich von den Gedanken leiten lassen, daß es nach zweieinhalbjähriger Besatzungszeit kaum einen vernünftigeren Weg für die Realisierung des Besatzungszweckes geben kann als die ordnungsgemäße Einführung eines gesetzlichen Verfahrens. Durch die bedingungslose Kapitulation ist das deutsche Volk keineswegs das Recht verlustig gegangen, selbst in seinen Beziehungen zu den Besatzungsmächten sich auf das internationale Recht zu berufen".

(B.65/313/ns)

Aus Hessen kurz berichtet

KPD auf dem Vormarsch.

In Kassel fand am 18.3.48 in der Henschelhalle eine Großkundgebung der KPD statt. An ihr nahmen 26 Personen und zwei Musiker teil. Während sich die 26 Teilnehmer ihr Eintrittsgeld wiedergeben ließen, hatten die Musiker noch einige Zeit auf ihren Lohn zu warten.

ooo

"Deutscher Block"

Der Deutsche Block in Kassel wurde von der Militärregierung vorläufig bis zum 15.6.1948 zugelassen. Falls er bei den Wahlen kein Vertretungsrecht erhält, wird er wieder aufgelöst. Der Leiter ist der 23-jährige Wolfgang Leck, der auch bei anderen Parteien sein Glück schon versucht hat und nicht zum Zuge kam. Gegen ihn läuft augenblicklich ein Verfahren gegen Schwarzhandel. ---

(B.1/313/ns)

Verantwortlich: Peter Raunau